



GEIER

Protokoll der Podiumsdiskussion der Aachener Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2013 **Dienstag, 10. September 2013, Hörsaal PPS H1, Protokollanten: Lars Beckers, Konstantin Kotenko**

Moderation: Albrecht Peltzer (Aachener Zeitung), Robert Esser (Aachener Zeitung)

Politiker: Birgit Haveneth (FDP), Rudolf Henke (CDU, MdB), Bettina Herlitzius (Bündnis 90/Die Grünen), Andrej Hunko (DIE LINKE, MdB), Marc Salgert (Piratenpartei), Ulla Schmidt (SPD)

Weitere Anwesende: Lars Beckers (**Geier**-Redaxion), Konstantin Kotenko (**Geier**-Redaxion), diverse Zuschauer*Innen (ca. 400)

Beginn: 18:04

TOP 1 Begrüßung

- Organisationsperson 1 begrüßt freudig die Anwesenden und dankt der Redeleitung sowie den Gästen
- Organisationsperson 2 erläutert die Motivation der Veranstaltung und freut sich auf die Fragen im zweiten Teil. Er übergibt damit an die eigentliche Moderation (Applaus).
- Vorstellungsrunde:
 - Albrecht Peltzer (AP) stellt den Tagesablauf und seinen Co-Moderator Robert Esser (RE) vor. Er hofft auf viele Fragen und genehmigt den Zuschauern Emotionen beim Stellen der Fragen in der zweiten Hälfte der Veranstaltung.
 - Robert Esser sichert zu, die Veranstaltung werde rechtzeitig vor dem Fußballspiel (Deutschland vs. Färöer) enden.
 - Albrecht Peltzer begrüßt Ulla Schmidt (US) und stellt sie vor. Sie ist auf Platz 10 in NRW. Laut Ulla Schmidt sei das kein aussichtsreicher Platz. Die gebe es eh nicht, „nur sichere Stimmen“.
 - Robert Esser stellt Rudolf Henke (RH) vor. Listenplatz 32
 - Albrecht Peltzer stellt Bettina Herlitzius (BHe, Kandidatin für Wahlkreis II) vor.
 - Albrecht Peltzers Lesebrille funktioniere nicht. Bettina Herlitzius hat Platz 17 der Liste. Sie ist zuversichtlich(er als Ulla Schmidt).
 - Birgit Haveneth (BHa) wird vorgestellt. Sie ist optimistisch. Laut Albrecht Peltzer könne das nicht schaden, „gerade bei der FDP“. (Gelächter)
 - Marc Salgert (MS) wird kurz vorgestellt. Es wird von der Moderation kommentiert, dass seine Wahlplakate hoch oben hängen.

TOP 2 Vorgefertigte Fragen

- Es werden diverse Positionen der Parteien zum Fragen im Wahl-O-Mat diskutiert. Dabei werde die jeweilige Frage sowie die Positionen der Parteien an die Wand projiziert.
- Wahl-O-mat-Frage 18: elternunabhängiges BAföG?
 - Ulla Schmidt befürwortet eine Verbesserung des BAföG, Anhebung der Einkommensgrenze.
 - Es wird von der Moderation kommentiert, SPD hätte beim Wahlomaten zur BAföG-Frage „unentschieden“ angegeben.
 - Ulla Schmidt bemängelt die Binarität des Wahl-O-Mat. Man könne nur ja oder nein angeben.
 - Marc Salgert hat eine „komische Position“, fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen und ein „Bildungsgrundeinkommen“.
 - Andrej Hunko befürwortet elternunabhängiges BAföG, für die „reale Studienzeit“. Dazu sei eine andere Steuerpolitik auf Bundesebene notwendig.
 - Andrej Hunko findet, dass die Umverteilung umverteilt werden muss. Andere Richtung. Vermögenssteuer/Spitzensteuersatz.
 - Bettina Herlitzius findet, die nicht gesicherte Finanzierung sei ein Grund dafür, dass so wenige ein Studium beginnen.
 - Ihr Modell besteht aus zwei Säulen: ein Sockelbetrag von 200 Euro einerseits, und ein beweglicher einkommensabhängiger Beitrag von bis zu 850 Euro andererseits.
 - Bettina Herlitzius möchte Kinderfreibeträge für BAföG einkassieren.
 - RE zieht in Zweifel, dass zu wenige Leute ein Studium anfangen (Applaus vom vollem Saal).
 - Bettina Herlitzius habe es auf die bildungsfernen Klassen bezogen und stellt das richtig.
 - Rudolf Henke ist wie die CDU dagegen, „aber erst seit kurzem“.
 - Er war früher stellv. AStA-Vorsitzender hier, ca. 14 Semester im SP.
 - Zahl der Studis seit 2002(?) um 26% gestiegen, Zahl der BAföG-Empfänger nur um 16%.
 - Er möchte einen Inflationsausgleich betreiben, allerdings rechnen seine Kollegen mit minimal wenigen Prozenten.
 - Wenn man den nicht habe, werde das BAföG immer weniger werden. (gemischter Applaus)
 - BHa: es solle elternunabh. BAföG geben, Fördersätze, Anerkennung von Teilzeitsstudien, Förderung von lernbehinderten Studenten in form von Entkopplung von notwendiger Studienzeit geben.
- Wahl-O-Mat Frage 35: Wohnungsnot durch Mietpreisbremse beheben.
 - BHa: Wir brauchen mehr Wohnungen, nicht Mietpreisänderung
 - Rudolf Henke: Länder haben die Möglichkeit begrenzt Mietpreise zu begrenzen.
 - Diese engen Grenzen sollen eng angepasst werden. Allerdings soll das nur für Bestandswohnraum gelten.
 - Bettina Herlitzius: Es sei wichtig, dass es eine Deckelung gebe. Schlecht sanierte wohnungen haben viel zu hohe Preise. Das sei in Studentenstädten besonders kritisch. In der Föderalismusreform wurde die Regelung an die Länder übergeben, sodass man nicht viel machen könne.
 - RE fragt: in den letzten 10-15 Jahren seien Baupreise exorbitant gestiegen, Leserbriefe meinen, das müsse man an Mieter weitergeben.
 - Bettina Herlitzius: das sei höchstens im Rahmen von 5-7% notwendig. Sie ist von Beruf Architektin.
 - Man habe in den letzten Jahren zu wenige Wohnungen gebaut. Das hole uns jetzt ein.
 - RE unterbricht aus Zeitgründen und ruft zum Applaus auf.
 - Andrej Hunko: Wohnen ist Grundrecht, europäische Sozialkarte soll eingeführt werden. Mietpreisdeckelung: ohne Verbesserung nur Inflationsausgleich. Wohnen solle kein Spekulationsobjekt sein. (Applaus)

- Marc Salgert: Mietpreisbremse für Neuvermietung - nicht über 10% des Spiegels.
- US schließt sich an, mit gleicher Zahl, bundesweit. Eine solche Deckelung sei flächendeckend nötig, da sonst Investoren „ausweichen“.
- Aachen sei an 5t-teuerster Stelle nach Wohnpreisen (Anm. der Redaktion: gemeint war vermutlich „in NRW“).
- Wahlomat-Frage 32: Europa, alleinige Haftung der Staaten für Schulden.
 - US: Ja, aber gemeinsame Verantwortung für Europa. Bürgschaften für Länder, Investitionen nötig, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
 - Schuldentilgung für notleidende Staaten. Helfen, da Haftungsunion bereits existiert. Europa dürfe nicht auseinanderbrechen.
 - Marc Salgert: sieht eingeschränkt Solidarität mit europäischen Nachbarn, hat Befürchtungen für die nähere Zukunft, z.B. dass wir nicht genügend Arbeitsplätze für alle im EU-Raum haben.
 - Wir werden sehr viele Arbeitsplätze durch Automatisierung verlieren. Weder in DE, noch in der EU wird man nicht um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) herumkommen. Er fürchtet, Deutschland werde einen Großteil davon tragen müssen.
 - Andrej Hunko nickte zwischendurch. Er nimmt nun zu der Frage Stellung: Zentrale EU-Entscheidungen werden im Bundestag getroffen.
 - Es gab 10 namentliche Abstimmungen zu Rettungspaketen.
 - Die LINKE hat gegen Rettungspakete gestimmt, weil nur 5,8% tatsächlich an die Staaten gegangen seien, Rest in Finanzsektoren.
 - Wenig kommt tatsächlich an, während „drakonische“ Sparmaßnahmen aufgezwungen werden. Er möchte das Ausführen, falls die Zeit ausreicht. RE unterbricht, die hätten wir nicht.
 - Bettina Herlitzius: natürlich sei jeder Staat für sich selbst verantwortlich, aber in manchen Fällen sei es notwendig, dass man diesen rette. Deshalb haben die Grünen für Rettungspakete gestimmt.
 - EU wurde als politisches Bündnis konzipiert, das reiche nicht mehr. Wirtschaftliche Zusammenarbeit sei notwendig. EU braucht zusammenhängende Arbeitsmarktbedingungen, und ein starkes Parlament, welches Entscheidungen trifft.
 - Rudolf Henke stimmt überraschenderweise mit der CDU-Position überein. (Diese ist ja zur alleinigen Schuldpflicht)
 - Wenn man jemandem sagt, der Schulden machen will, dass er sie nicht zurückzahlen muss, werde derjenige sich nicht anstrengen, sie zurückzuzahlen.
 - Er findet Kanzler Schröder toll. Alle profitieren von dessen Maßnahmen.
 - Es stellt sich die Frage, welche Beitrag BRD zur allgemeinen Wirtschaft leisten kann. Sollen sie anderen Ländern sagen, dass sie sich nicht anstrengen brauchen? Nein!!!
 - Er wird beim Reden lauter und gestikuliert energischer.
 - RE liebt das (Applaus) und unterbricht ihn teilweise erfolgreich.
 - AP versucht erfolglos, ihn zu unterbrechen.
 - US schaltet sich ein: Jugendarbeitslosigkeit stark angestiegen.
 - RE findet die Diskussion spannender als das TV-Duell
 - RH: Deutsche antworten auf Jugendarbeitslosigkeit
 - RH beginnt auszuschweifen.
 - RE lobt die Geduld von BHa, dass sie so lange gewartet hat.
 - BHa: Solidarität ist zwar toll, aber diese Länder brauchen Reformen, um Stabilität zu erreichen.
 - Man müsse auch eine Gegenleistung zu unserem Beitrag fordern.
- Wahlomat Frage 5: Soll der Staat Strompreis stärker regulieren?
 - AH muss überraschend antworten: Überproportional auf Haushalte umgelegt.

- Energieintensive Unternehmen werden idiotischerweise befreit. Er will den Strompreis deckeln.
 - Für Energiewende („100% erneuerbare Energien, dezentral, sozial abgefedert“)
 - MS: EEG hat Refomierungsbedarf. An Strombörsen: Preis im bodenlosen. Das decke der Privatverbraucher.
 - Ausnahmen für große Energieverbraucher sind größtenteils unnötig - es sei ausgeüfert.
 - RH: stimmt MS mit dessen Analyse des EEG zu
 - Es gäbe eine Überforderung: Strom wird produziert, der keinen Abnehmer findet.
 - Er war in Belgien und hat mit einem Staatssekretär gesprochen. Dieser habe gesagt, Belgien kriegt von der BRD Strom quasi zum Nulltarif.
 - Er könne nicht verstehen, warum sich im Bundestag nichts dagegen tue.
 - Zu den ersten Aufgaben einer neuen Legislatur gehöre, das Problem zu beheben.
 - Langfristig Erneuerung stärken, Netzregulationsprobleme, Solar und Wind nicht immer da - teuer.
 - Moderation ist sichtlich erleichtert, dass er von selbst zum Schluss kommt.
 - BHe: Vier große Konzerne haben bis 2000 den Markt „monopolisiert“ (sic!). Rot-Grün sei dagegen vorgegangen.
 - Energieerzeugung soll in Bürgerhand.
 - „Man muss mit diesem Instrument spielen.“ Die Umweltminister haben das gegen die Wand gefahren. Binnenstrom werde für billig nach Belgien verkauft, Strom hier zu teuer. (starker Applaus)
 - US: Kann sich anschließen. EEG wurde in Aachen entwickelt. Mit der Hochschule die erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht.
 - Vorrang soll bleiben. Das Gesetz braucht Anpassungen an die Rahmenbedingungen. Ausnahmen für Energieintensive im weltweiten Wettbewerb (wen meint sie? die bahn? Nein. Wohl eher sowas wie Aluminium, Papier, ... Das hat MS gesagt, sie nicht. Ja, aber es gibt da halt ein paar übliche Branchen, die unter „energieintensiv“ verstanden werden...)
 - Bürgerentlastung mittlerweile notwendig.
 - BHa: fordert „mehr Markt auf dem Energiemarkt“. Alle wollen die Energiewende. Im Wahlprogramm ihrer Partei ist eine Strompreisgrenze vorgesehen, abweichend zum Wahl-O-Mat.
 - Staat bereichert sich am Strompreis.
 - AP kommentiert: RH möchte antworten, obwohl die Frage noch nicht gestellt wurde.
 - RH: empfindet die Diskussion als die Konstruktivste des Abends.
 - In den letzten zwei Jahren unter dem „Ekelhafte[n] [Umwelt]Minister“ wurde – „man muss ja entsetzt sein“ – der Strompreis von 43ct/KWh auf 15ct/KWh gesenkt.
 - RE: alter Tivoli hatte eine der ersten Solaranlagen.
 - US: Aachen sei Ursprungsquelle für viele Dinge. RE: beim alten Tivoli sei Nachhaltigkeit gescheitert. (Gelächter im Publikum)
 - US findet Alemannia toll (viel Geschichte usw)
 - RE bewundert den Weg durch die Themen.
 - US: wir seien bei Energiewende nicht erfolgreich. Das sei ein schwieriges, herausforderndes Unterfangen, man müsse die Menschen mitnehmen. Strom muss bezahlbar bleiben.
 - Schwarz-Gelb habe Rückmarsch gemacht mit „Atomenergie bleibt“
 - Nach Fukushima wieder Rückmarsch – keine vernünftige Planung möglich.
 - Wie machen wir das eigentlich in Afrika?
 - Wir müssen unser Wissen weitergeben, damit diese Erde, auch im Hinblick auf die dritten Länder, bestehen bleiben kann.
- Es war eine Pause geplant. Diese entfällt aus Zeitgründen.

TOP 3 Publikumsrunde

- Frage an RH: Ist das Internet für ihn auch Neuland?
 - RH: In historischer Dimension der Jahrhunderte sicher, für ihn nicht: „ich maile, ich facebooke“
 - Merkel hat „in einem anderen historischen Zusammenhang“ die Bezeichnung gewählt.
 - Wir seien erst dabei, die Regeln fürs Internet zu entwickeln, wir sind auf neuem Terrain, das noch niemand beschritten hat, diesbezüglich. Er möchte die Geschichte des Internets erklären. Dieses sei eine Entwicklung amerikanischer Militärs (Mod will unterbrechen).
 - Es beklemmt ihn, dass im Internet Postgeheimnisse nicht gewahrt werden, dass jeder Hacker oder Geheimdienst das lesen kann.
 - Er ist für Wahrung des Fernmeldgeheimnisses des Internets.
 - Er regt sich (deutlich) über Vorurteile gegenüber der CDU auf. Er habe eine Veranstaltung zum Thema Wirtschaftsspionage gemacht und betont, ihm liege das Thema des Internets am Herzen.
- Neue Frage (Physiker, 8tes Semester) an RH: Homoehe, Homo-Adoption, wie verträgt sich CDU diesbezüglich mit der FDP?
 - RH: Wir stehen vor Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich Adoption. Er erwartet, dass die Lebenspartnerschaft auch da mit Ehe gleichgestellt wird.
 - Es gibt kein Recht auf Adoption: Es muss um das Wohl des Kindes gehen. Es sollte um die individuelle Situation gehen
 - Es wird auch künftig Beziehungen geben, für die keine Adoptionen erlaubt sind.
- Neue Frage (Geisteswissenschaftler): BHa, RH sind als einzige von den Gästen nicht auf abgeordnetenwatch.de (Es geht um Offenlegung von Nebenverdiensten). Warum? (großer Applaus)
 - BHa: Frage des Datenschutzes, Privatsphäre. Man habe ein Stufenmodell, das hinsichtlich Nebeneinkünften transparent sei.
 - RH schließt sich an. Man muss sich an die Regeln des Bundestags halten. Er sieht aber nicht ein, über diese Regelungen hinaus zu gehen.
 - Seine politische Biographie ist unmittelbar mit seinen beruflichen Erfahrungen verbunden.
 - Er hat „als Arzt“ 1995 in Aachen kandidiert. Das sei damals auf Vertrauen gestoßen.
 - RE: hat RH sich geärgert über Offenlegungen?
 - RH: Aus Zeitungsverlag Aachen sei kommuniziert worden, dass er 138k (?) Nebeneinkünfte habe. Das sei falsch.
 - Er will sein richtiges Einkommen jetzt nicht erwähnen.
 - AH fragt, warum RH sich dann nicht auf [abgeordnetenwatch](http://abgeordnetenwatch.de) transparent macht. (Applaus)
 - RH antwortet, dass Quellenzuverlässigkeit nicht gegeben sei.
- Neue Frage (Wirtschaftsing): Vorhin wurde die Aussage getroffen, viele Abiturienten fangen nicht an zu studieren (wegen Geld). Liegen die Gründe nicht eher bei der „Verbrennung von Humankapital“ beim Wechsel nach der Grundschule durch die frühzeitige Trennung in verschiedene Schulformen?
 - RH: Leitbild muss sein, individuelle Förderung jedes einzelnen zu gewährleisten. „Kein Abschluss ohne Anschluss“
 - In seiner Wahrnehmung ermöglicht ein gegliedertes Schulsystem möglichst gute individuelle Förderung. Einheitliches Schulsystem macht es nicht besser.
 - US: Kinder entwickeln sich unterschiedlich. [Sie erzählt von ihren Enkeln]. Nach 6 Jahren statt 4 könne man eine bessere Entscheidung treffen
 - Man kann auch in Gesamtschulen gut fördern. Sie ist für die „Schule für Alle“. Die Pädagogik müsse geändert werden.
- Frage wieder an RH. Mod: Es dürfen auch andere gefragt werden.
 - RH: Leitbild muss sein, individuelle Förderung jedes einzelnen zu gewährleisten. „Kein Abschluss ohne Anschluss“
 - In seiner Wahrnehmung ermöglicht ein gegliedertes Schulsystem möglichst gute individuelle Förderung. Einheitliches Schulsystem macht es nicht besser.
 - US: Kinder entwickeln sich unterschiedlich. [Sie erzählt von ihren Enkeln]. Nach 6 Jahren statt 4 könne man eine bessere Entscheidung treffen
 - Man kann auch in Gesamtschulen gut fördern. Sie ist für die „Schule für Alle“. Die Pädagogik müsse geändert werden.

- Abitur ist abhängig von Herkunft der Eltern. Gemeinschaftsschule (ihretwegen auch parallel zum Gymnasium) sei die Lösung
- Wir dürfen kein Kind zurücklassen, weil wir jedes brauchen in unserer schrumpfenden Gesellschaft.
- (Anm. der Red.: Formulierung erinnert an kontroverses amerikanisches Programm „No Child left behind“)
- BHa: es sei auch im aktuellen System eine individuelle Förderung möglich.
- „Praktisch Begabte“ seien wie bisher besser gefördert, wenn sie den eigenen Weg einschlagen, statt zu studieren.
- AH: es ex. internationale Studien. In Deutschland gehen weniger Arbeiterkinder aufs Gymnasium. Trennung viel zu früh. LINKE ist deshalb für Gemeinschaftsschule.
- BHe: Frühkindliche Förderung sehr wichtig. Erlaubt später höhere Chancen. Kinder, die sich nicht früh sozialisieren, haben 40% weniger Chancen, das Gymnasium zu besuchen.
- Neue Frage (Medi): Akademisierung, was soll das? Nicht jeder muss studieren. (großer Applaus). Eigentliche Frage: Ist nicht eigentlich ein elternunabh. BAföG finanziell untragbar? Wo sparen sie, um uns BAföG zu geben?
 - US: Langfristig braucht man das. Nicht nur fürs Studium, sondern auch zum Beispiel für Altenpfleger. (Leute außerhalb dualer Ausbildung)
 - Wir wollen allen mehr Geld geben.
 - Nachfrage: Wo kommt das Geld her? Verzicht auf Deutschlandstipendien. (Unruhe im Publikum)
 - Man will Ausgaben für Bildung erhöhen, dafür Spitzensteuersatz erhöhen
 - Die, die mehr haben, müssen den ärmeren die Bildung finanzieren.
 - BHe: zwei-Säulenmodell, s.o. (200 Euro pauschal + darüber einkommensabhängig)
 - Das kostet uns 1 Mrd mehr, das könne man so tragen.
- Neue Frage (Chemi): (an US und RH) Leiharbeit: Was wird zur Einschränkung geplant? 50-60% der Arbeiter in diversen Unternehmen seien Leiharbeiter.
 - US: Flächendeckender Mindestlohn 8,50 Euro. Leiharbeit zur Spitzenabfederung benötigt mehr Regulierung.
 - „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ (auch Frauen/Männer).
 - Betriebsräte sollen mehr Mitbestimmung haben bezüglich Leiharbeit.
 - Befristung soll es nur in begründeten Fällen geben.
 - RH: Zustimmung für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Mindestlohn tariflich aushandeln.
 - Missbrauch Mindestlohn Schlecker abgestellt (Behebung dieser „Sauerei“ sei Erfolg der Regierung.)
- Neue Frage (Wirt-Ing) (an MS): BGE tolle Idee. Aber welcher Rahmen? Kommt Bildung nicht möglicherweise zu kurz?
 - MS: Es sei interessant, dass immer nur die Piraten gefragt werden, wie man das finanzieren kann.
 - Man könne das BGE sofort finanzieren: Sockeleinkommen, erniedrigten MwSt-Satz abbauen, die Einnahmen direkt auszahlen.
 - Er will eine Nullrunde, um Leuten klarzumachen, dass sich das System finanzieren lässt.
 - Transferleistungen in dieses System überführen.
 - Mod bricht ab: Relativ kompliziert und ... unwahrscheinlich. (Gelächter)
 - MS möchte zum Schluss noch fragen: Was machen wir mit den Millionen Arbeitslosen oder ähnlich vielen Mindestlohnbeschäftigten? Denn entweder das eine oder das andere werden wir haben.
- Neue Frage (Studentin aus Köln): Was schadet ein gesetzlicher Mindestlohn einer individuellen Aushandlung? Unterstützung für Gruppen ohne große Gewerkschaft.

- RH: Branchenspezifisch, regionalspezifisch? Muss in einer Kommission entschieden werden.
- Neue Frage (Unbekannter): Campusbahn-Abstimmung: Argument für oder gegen Volksabstimmung auf Bundesebene?
 - US: hat „anders als die Mehrheit“ gestimmt (d.h. für Campusbahn). Sieht es trotzdem als Argument für Volksinitiativen.
 - Man muss sich mit Meinungsbildung beschäftigen. In die öffentliche Debatte.
 - „Wenn man einmal eine Abstimmung verliert, kann man nicht sagen, das Instrument ist schlecht“
- Neue Frage (Maschi): (an MS) BGE: Auf lange Sicht hohe Arbeitslosigkeit – Warum, wir haben doch demographischen Wandel? Sie müssen das genauer erklären, „Ich bin halt ein Maschi, tschuldigung“
 - MS: kein Inflationsproblem
 - Was haben in BRD an Sozialausgaben?
 - Einfach Sozialausgaben in ein BGE konvertieren. „Man ist dann freier“, was man damit macht.
 - Problem des BGE: Binnenmarkt sorgt für Kaufkraftabfluss, Problem in Grenzstädten.
 - Aber die Jugendarbeitslosigkeit in Südländern „wird man nicht einfangen können“.
 - US: Die Jugend dort wird aber Arbeit und kein BGE haben wollen. (Applaus)
- Neue Frage (Informatiker): (an BHa) Ist es sinnvoll, wenn Parteien Spenden von Großfirmen kriegen können?
 - BHa: Jedem soll es frei sein, an wen er spenden möchte.
 - FDP hat von den anwesenden Parteien weder die größten Spenden, noch das größte Budget.
 - Diese Spenden seien eine „Form der Mitwirkung auf politischer Ebene.“
- Neue Frage (Unbekannt): (an MS) NSA sollte ein Elfmeter ohne Torwart sein? Warum ist Piratenpartei nicht höher im Kurs? Was ist los?
 - MS: keine Ahnung. (Gelächter im Publikum)
 - „Wir haben da keinen Beschluss zu.“
 - Mit Vollprogramm sind Piraten für die Medien nicht mehr so interessant.
 - Persönliche Erklärung: kein Medienhype mehr.
 - „Wir sind nicht gefragt worden zur NSA-Affäre“
 - AP: „Gerade eben“.
 - Wir finden das skandalös.
 - Wird nur noch durch Fall Mollath übertroffen.
- Neue Frage (unbekannt): NSA-Skandal Frechheit, massenhaft Geheimnisse werden ausspioniert, von unseren Bündnispartnern USA
- (an US, RH, MS) Kanzlerin hat Amtseid verletzt, als sie uns nicht genug geschützt hat. Was tun?
 - US: Verletzung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung etc
 - Amerikanischer Präsident soll darlegen, was passiert ist.
 - Das müsse die Regierung in die Hand nehmen. Nicht die Geheimdienste. Die hätten nämlich ein „Anti-Spei-Abkommen“
 - RH: Geheimdienst hat Potenzial und Hacker, um viel anzustellen
 - Die aktuelle Situation ist eine „ziemlich krisenhafte Zuspitzung in Beurteilung dessen, was dieses Internet möglich macht“
 - „Internet ist als Ausgangspunkt eine Entwicklung der USA“
 - (RH spinnt eine Verschwörung des US-Militärs mit der Gründung des Internets fort.)

- AH: Snowden muss Asyl in Deutschland kriegen.
- Neue Frage: Soziale Schere, Wie sehen Sie Europa jetzt und in 10 Jahren in je einem Satz?
 - BHa: Soziale Schere habe gestoppt. Familien werden entlastet. Mittelschicht nicht weiter belasten.
 - AH: Schere geht auseinander, wegen Aufhebung von Steuern
 - Europa in zehn Jahren ohne Wechsel droht ein Auseinanderbrechen
 - US: Demokratischer als heute, hoffentlich. Parlament! Hat viele Hoffnungen, die sie zu schnell zum Protokollieren aufzählt
 - MS: Europa ist Heimat. Versagende Elite soll Europa nicht auseinanderdividieren.
 - BHe: Europa heißt Frieden. Europa soll demokratischer werden.
 - RH: Wir müssen Frieden und Freiheit fördern.
 - (Er zählt einige random numbers auf.)
 - Wir brauchen Europa, um mitreden zu können. Europa einigen: „Vereinigte Staaten von Europa“
- Neue Frage (Studienanfänger): an US: Altersvorsorge wurde bis jetzt nicht angesprochen, weil „vielleicht sprödes Thema“. Was passiert noch?
 - Moderation (belustigt): Sie fangen jetzt mit dem Studium an und machen sich Gedanken um Altersversorgung?
 - Studi: Ich sag doch, ist ein sprödes Thema.
 - US: umlagenfinanziertes System, mehr Solidarität nötig, Bürgerversicherung, Aufbau notwendiger Infrastruktur im Gesundheitswesen.
 - Absicherung darf nicht wegsterben können. Krise: Verlust nur der zusätzlichen Komponente.
- Neue Frage an US: Ist Renteneintrittsaltersenkung nicht problematisch, verschärft Probleme, gerade für die Anwesenden relevant.
 - US: Rentenaltererhöhung.
 - Minderung von Renten.
 - Erwerbsunfähigenrente muss individuell einforderbar sein.
 - Entscheidend ist, wie viele Menschen im erwerbsfähigen Alter haben gute Arbeit, unter anderem durch gute Bildung und andere Faktoren wie z.B. dass Kinderbetreuung sichergestellt ist.
 - Andere Fragen statt punktuelles Alter wichtig.
- RE fragt , ob jemandem noch Fragen auf den Fingern brennen.
- Neue Frage (WirtIng) (an alle) Finanzkrise vorbei. Nachwirkungen noch spürbar. Finanzmarktregulierung – was kommt noch?
 - BHa: mehr Kontrolle
 - RH: kein Prod der Finanzwirt ohne Regulierung
 - BHe: Finanztransaktionssteuer. Bankenmarkt ansehen. 2Big2Fail. Will kein Ausnutzen von internationalen Konzernen, die ihre Arbeit auslagern.
 - AH: Problem gleich: völlig deregulierter Finanzsektor. Staaten unabhängig von Finanzmärkten. Keine marktkonforme Demokratie.
 - MS: interessantester Punkt: Banken brauchen Grundkapital 25%
 - US: Trennung vom Investment vom normalen. Bankenaufsicht stärken. Finanztransaktionssteuer.
 - Banken sollen einen eigenen Rücklagenfond bilden, damit nicht der Steuerzahler zahlen muss. (Applaus)
- RE stellt (offiziellen) Protokollanten vor. AP bedankt sich bei allen.
- Übermorgen hat die Aachener Zeitung das Material.
- Orga-Mensch (Stipendiaten-Vertreter) bedankt sich und fordert auf, wählen zu gehen.